

DEMO

DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR
KOMMUNALPOLITIK

Nr. 01/02 2016
32 Seiten in
der Heftmitte



**Mobilität in den
Kommunen**
Sauber und sicher unterwegs

Herausforderung innere Sicherheit

Von **Norbert Wessler**, Polizeipräsident der Stadt Düsseldorf



© benjaminolte - Fotolia



Nach einer jüngsten Umfrage der GfK halten 76 Prozent der Bürgerinnen und Bürger Sicherheit für das wichtigste Thema. Ich glaube, das ist keine Momentaufnahme oder eine kurzfristige Reaktion auf die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln. Es scheint mir vielmehr eine große Verunsicherung und Orientierungslosigkeit in der Bevölkerung zu geben. Die Menschen sehnen sich nach Schutz und verlangen diesen zurecht vom Staat und damit in letzter Konsequenz von der Polizei. Sicher, absolute Sicherheit gibt es in einem freiheitlichen Staat nicht. Das weiß jeder. Und das versprechen wir auch nicht. Wir als Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte können nur versichern, dass wir alles für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger tun. Dazu müssen die Rahmenbedingungen stimmen.

Die Herausforderungen für die Polizei sind in den letzten Jahren stetig gestiegen. Stichworte sind: Internationalisierung der Kriminalität, Terrorgefahr, Cybercrime, Flüchtlingskrise. Gleichzeitig stellen wir eine zunehmende Res-

pektlosigkeit und auch Gewalt gegenüber Polizisten fest. Wir haben gut ausgebildete und hoch motivierte Kolleginnen und Kollegen, die unser aller Respekt und unsere Solidarität verdienen.

Wir müssen eine mehr als ausreichende Polizeistärke sicherstellen. Denn polizeiliche Erfolge erzielen wir vor allem dort, wo wir genügend Personal einsetzen können. Schon zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung und zur Bekämpfung der Alltagskriminalität brauchen wir mehr Präsenz auf der Straße. Die Neueinstellungen wurden inzwischen auf über 1900 gesteigert. Diese Zahl ist zu verstetigen, so dass wir in NRW mindestens eine Polizeidichte von mehr als 40.000 Beamtinnen und Beamten dauerhaft zur Verfügung haben. Dieses Personal muss auf Stadt und Land unter besonderer Berücksichtigung polizeilicher Schwerpunkte verteilt werden. Die Erfahrungen zeigen, dass die Ballungsräume in der Regel sehr viel stärker vor besonderen Herausforderungen stehen. Die Polizei ist dort nachhaltig zu verstärken. No go areas darf es in ganz NRW nicht geben.

Da wir das Personal nicht von heute auf morgen ausgebildet be-

kommen, ist es notwendig, unsere eigene Organisation und unsere Abläufe permanent auf Effektivität und Effizienz hin zu überprüfen. Die vorliegenden Vorschläge zur Entlastung von Aufgaben und zur Optimierung der Strukturen sind umzusetzen.

Die Ausrüstung der Polizei, u.a. moderne Schutzwesten, Laptop im Streifenwagen, Videobeobachtung, muss stetig verbessert werden.

Moderne Sicherheitspolitik macht deutlich, dass wir als Landespolizei allein nicht in der Lage sind, die Herausforderungen zu lösen. Wir müssen die Zusammenarbeit mit den anderen Sicherheitspartnern, vor allem den Kommunen mit ihren Ordnungsdiensten und Ausländerämtern und der Bundespolizei, noch weiter intensivieren.

Auch die Justiz ist noch stärker in unsere Arbeit einzubinden. Es gilt, sich in Sicherheitskonferenzen auszutauschen und abzustimmen und gemeinsame Schwerpunkte konsequent zu verfolgen. Nur so können wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit unseres Rechtsstaats festigen.

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Mit aller Härte des Gesetzes gegen die Täter vorgehen“ lautete die vielstimmige Forderung nach den verabscheuungswürdigen Übergriffen in der Silvesternacht in Köln. Ja, mit was denn sonst, frage ich mich. Das erwarte ich bei diesen Tätern ebenso, wie bei jedem anderen Täter auch – unabhängig von Nationalität oder aber auch dem Geldbeutel! Das aber ist Teil einer politischen Debatte, die statt mit Verstand und Sorgsamkeit dann doch zu oft lieber mit Pauken und Trompeten betrieben wird. Ob es Grenzzäune, Obergrenzen für Flüchtlinge oder der Vorschlag über eine „Armlänge Abstand“ sind, für die Phantasterei so mancher vermeintlich politisch Verantwortlicher scheint es derzeit kaum Grenzen zu geben – hier jedoch wären Grenzzäune wirklich sinnvoll. Wir müssen hier achtsam bleiben! Denn es geht um sehr wertvolle Güter, unseren demokratischen Rechtsstaat, die Art und Weise unseres Zusammenlebens und damit um unsere gesellschaftliche Kultur insgesamt. Wer leichtfertig mit dem Feuer

spielt, bringt insbesondere die Kommunen, die derzeit die Aufgaben Unterbringung und immer mehr auch Integration vor Ort leisten, in eine unzumutbare Lage. Die Folgen von Angst und Verunsicherung, die sind näm-

lich auch zuerst in den Städten und Gemeinden zu spüren. Was wir brauchen ist eine politische Auseinandersetzung mit der Frage: Wie wollen wir in Zukunft leben? Und auch: Wie sehen Bedingungen dafür aus, dass das gelingen kann? 1. Wir brauchen sozialdemokratische Antworten. 2. Wir brauchen ein klares Bekenntnis

zum starken Staat, der in der Lage ist, seinen Aufgaben gerecht zu werden. 3. Es muss endlich Schluss sein mit der Kommunalvergessenheit bei Bund und Ländern! Wenn in Berlin über Finanzen geredet wird, gehören Kommunen mit an den Tisch! 4. Wir müssen eine Debatte über Verteilungsgerechtigkeit führen – nicht nur zwischen armen und reichen Menschen, sondern vor allem auch zwischen den staatlichen Ebenen.

Glückauf!

Euer Frank Baranowski

Vorsitzender der SGK NRW und
Oberbürgermeister der Stadt
Gelsenkirchen

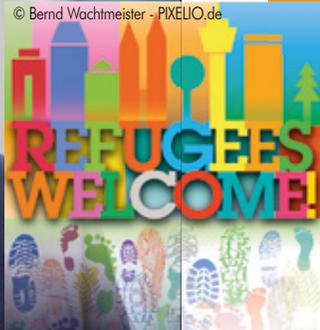


Foto: Steffi Gelsenkirchen | Carin Moritz

Innere Ordnung in NRW: Panikmache überflüssig

Polizei und Sicherheitsbehörden sind in NRW gut aufgestellt.

Interview mit **Ralf Jäger**, Minister für Inneres und Kommunales in Nordrhein-Westfalen



ansteigt. Ist das so, sind dies Einzelfälle und nur eine weitere Dramatisierung? Gibt es Präventions- und Handlungskonzepte zur Eindämmung?

Wir beobachten mehr Straftaten im Umfeld von Einrichtungen. Dabei handelt es sich allerdings in erster Linie nicht um solche, die von Flüchtlingen, sondern um solche, die gegen sie verübt werden. Im letzten Jahr haben sich die rechts-extremistisch motivierten Straftaten gegen Flüchtlinge und deren Unterkünfte mehr als verdreifacht. Das nehmen wir nicht hin. Unser Ziel ist es, jeden Täter zu fassen und vor Gericht zu stellen. Wir sind dabei auch auf die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen, die solche Übergriffe anzeigen und deutlich machen, dass sie rassistische Hetze nicht gutheißen. Unter den Flüchtlingen befinden sich auch Menschen, die sich nicht an Recht und Gesetz halten, das ist bei der Zahl der Flüchtlinge auch nicht verwunderlich. Es gibt dazu allerdings noch keine validen Daten für NRW. Die bisherigen Auswertungen aus anderen Ländern legen aber nahe, dass die Zahl der Straftaten weniger stark gestiegen ist als die Zahl der Flüchtlinge.

Entgegen dem Eindruck, der zurzeit von interessierter Seite versucht wird zu erwecken, ist NRW in den letzten 10 Jahren nicht unsicherer, sondern sicherer geworden. Wir haben seitdem rückläufige Zahlen bei Gewaltverbrechen, Sexualdelikten und, was ich besonders bemerkenswert finde, der Jugendkriminalität. Das sind Verdienste unserer Sicherheitsbehörden, die gute Arbeit leisten und deren Personal wir seit Amtsantritt sukzessive durch mehr Neueinstellungen aufbauen. Die Zahl der Neueinstellungen wird in diesem Jahr den Rekordwert von knapp 2.000 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern erreichen. Es gibt aber auch Probleme, beispielsweise beim Wohnungseinbruch. Es handelt sich dabei nicht um ein NRW-spezifisches Problem, sondern dieses Phänomen ist bundes- und sogar europaweit zu beobachten. Wir haben uns frühzeitig mit Konzepten wie MOTIV (Mobile Täter im Visier) darauf eingestellt und diese Konzepte werden mittlerweile von anderen Ländern übernommen.

In den Medien wurde kurz nach dem Jahreswechsel über die Statistik der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte berichtet. Die Zahl dieser Angriffe ist um das fünffache gestiegen. Um die Sicherheit zu gewährleisten, müssen auch Kommunen immer mehr Finanzmittel aufwenden, um beispielsweise eine 24-Stunden Bewachung durch Sicherheitsdienste sicherzustellen. Gibt es Lösungs- und Handlungskonzepte in NRW, die genau diese Gewalt eindämmen und bekämpfen?

Es ist unerträglich, dass ausgerechnet diejenigen Menschen, die eine weite und oft lebensgefährliche Flucht vor Terror und Gewalt auf sich genommen haben, hier mit Gewalt konfrontiert werden. Die feigen Täter sind über-

wiegend Einzeltäter aus dem direkten Umfeld, zum Beispiel aus der Nachbarschaft, die bisher nicht durch rechtsextremistische Taten aufgefallen oder in Gruppen organisiert sind. Wir gehen entschlossen dagegen vor, indem wir die sichtbare Polizeipräsenz an den Unterkünften bereits deutlich erhöht haben. Polizei und Verfassungsschutz beobachten zudem aufmerksam die Aktivitäten salafistischer und rechts-extremistischer Gruppen. Gleichzeitig setzen sich vor Ort Vertreter der Polizei, der Kommune und der Einrichtung regelmäßig an Runden Tischen zusammen, um den Informationsfluss schnell in Gang zu bringen.

Die Bewältigung des Flüchtlingszustromes startete mit einer Art Krisenmanagement, welches nun zum geregelten Betrieb umgebaut wird. Dazu haben viele Behörden mehr Personal eingestellt um Prozesse zu beschleunigen. Schlägt sich dies auch im Sicherheitsapparat nieder?

Zunächst einmal bedeutet Zuwanderung nicht, dass systematisch Straftäter zu uns kommen. Der Großteil dieser Menschen sucht nach Schutz vor Verfolgung und braucht die Chance auf einen Neuanfang. Aber bei einer Millionen Menschen, die wir im letzten Jahr bundesweit aufgenommen haben, ist es nur logisch, dass darunter auch Kriminelle sind, darauf stellen wir uns ein.

Wir haben als Reaktion auf die sexuellen Übergriffe an Silvester reagiert und schicken zusätzliche 500 Polizeibeamte auf die Straße. Sie sollen an Kriminalitätsbrennpunkten deutlich sichtbar Präsenz zeigen. Zudem werden wir 250 Beschäftigte zusätzlich in den Kreispolizeibehörden einstellen, um die Vollzugsbeamten bei Verwaltungsaufgaben zu entlasten. Auch über diesen Weg wollen wir die polizeiliche Präsenz erhöhen. Unabhängig davon planen wir die hohen Einstellungszahlen von nahezu 2.000 Polizeianwärterinnen und -anwärtern bis ins Jahr 2025 beizubehalten. Bereits nach den Anschlägen von Paris im letzten Jahr haben wir den Verfassungsschutz personell

verstärkt. Wir als Sozialdemokraten wissen um die Wichtigkeit eines starken und handlungsfähigen Staates gerade für die innere Sicherheit.

Gerade in den Diskussionen nach dem 1. Januar steht die schnellere und einfachere Abschiebung von straffälligen Flüchtlingen/Asylbewerbern häufig im Mittelpunkt. Hierzu soll vor allem die Schwelle der strafbaren Kriminalität abgesenkt werden. Ist das die „Lösung aller Probleme“?

Es gibt nicht „die eine Lösung“. Klar ist allerdings: Menschen, die die Willkommenskultur missbrauchen, müssen die Konsequenzen spüren und das Land verlassen. Durch die Feststellung der Ausreisepflicht allein haben diese Menschen das Land jedoch noch nicht verlassen. Die Abschiebung von Straftätern, gerade aus Nordafrika, scheitert leider häufig an der mangelnden Kooperation der Heimatstaaten. Die Kommunen könnten deutlich mehr Abschiebungen durchführen, wenn die Rücknahmebereitschaft der Staaten größer wäre. Hier ist die Bundesregierung gefragt, um diese Bereitschaft zu erhöhen. Ich habe dem Bundesinnenminister bereits deutlich gemacht, dass wir als Land hier mehr Bewegung erwarten.

Ebenfalls oft diskutiert wird der mangelnde Datenaustausch zwischen den Behörden von Bund, Ländern und Kommunen, aber auch der Datenaustausch mit anderen Ländern innerhalb der EU. Ist gewährleistet, dass der Austausch zwischen den betroffenen Ländern und Behörden zukünftig besser abläuft?

Es ist wichtig, dass wir bundesweit wieder den Überblick darüber zurückgewinnen, wer sich wann wo aufhält. Davon wird auch die Polizeiarbeit profitieren, etwa wenn es darum geht, Verdächtige zu ermitteln. Das Datenaustauschverbesserungsgesetz, das Anfang Februar in Kraft getreten ist, kann dabei helfen. Die Innenministerkonferenz hat dieses Vorhaben bereits Anfang Dezember ausdrücklich begrüßt.

Die Vorfälle in Köln und anderen Städten werden von vielen Gruppierungen zur Darstellung von Endzeit-Szenarien der inneren Ordnung in NRW, dem Kollaps der Sicherheitsbehörden und damit dem Untergang des Abendlandes genutzt. Bürgerwehren gründen sich und Frauen sollen nicht mehr ohne Schutz auf die Straße gehen. Ist das alles Panikmache, Dramatisierung oder müssen wir uns wirklich Sorgen machen?

Panik ist nie ein guter Ratgeber. Ich halte auch gar nichts davon, Frauen jetzt irgendwelche Empfehlungen zu geben, sich anders zu verhalten als sonst. Der Rechtsstaat hat die Situation im Griff und wir sorgen für Sicherheit in NRW. Das müssen wir auch deutlich zeigen, damit wir dem Vertrauensverlust in den Rechtsstaat und seiner Organe entgegenwirken. Wer die Ängste und Sorgen der Menschen hingegen dazu missbraucht, die vielen friedlichen Migrantinnen und Migranten unter Generalverdacht zu stellen, den müssen wir deutlich in die Schranken weisen. Das Sicherheitsgefühl der Menschen taugt nicht zum Spielball politischer Interessen.

Flüchtlingszuströme, Terrorgefahren und Bewachung von Flüchtlingsunterkünften binden viele Kräfte gerade im Bereich der Sicherheitsbehörden. Ist die „normale“ innere Sicherheit (bspw. Einbrüche und deren Aufklärung) in NRW noch gewährleistet?

Die Bewältigung des großen Flüchtlingszustromes hat gezeigt, dass Kommunalpolitik, Ehrenamt, Sicherheitsbehörden, Hilfswerke und soziale Einrichtungen Hand in Hand zusammenarbeiten und alle Herausforderungen bewältigt bekommen. Nun ist in der Öffentlichkeit immer wieder zu hören, dass die Kriminalitätsrate gerade dort, wo größere Flüchtlingseinrichtungen angesiedelt sind, immer mehr

Ich setze darauf, dass die gemeinsame Datenbank und der fälschungssichere Flüchtlingsausweis nun zügig flächendeckend umgesetzt werden und wir schnell zu spürbaren Verbesserungen kommen.

Was aber noch viel wichtiger ist: Wir brauchen schnellere Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Die Verfahren dauern immer noch viel zu lange, gerade für diejenigen, die kaum Aussicht auf Erfolg haben. Bevor deren Asylverfahren überhaupt beginnt, vergehen bis zu 8 Monate, im Schnitt dauern die Verfahren für Asylbewerber aus Nordafrika 14 Monate zusätzlich. Und das bei Schutzquoten, die im niedrigen einstelligen Bereich liegen. Das sorgt für große Probleme in den Ländern und Kommunen, das muss der Bund endlich in den Griff kriegen.

Was den Informationsaustausch innerhalb der EU anbelangt, so kann das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum von Bund und Ländern (GTAZ) Vorbild für eine bessere Zusammenarbeit sein. Die Zusammenarbeit funktioniert schon gut, kann aber noch verbessert werden. Daher haben die SPD-Innenminister auf meine Initiative vorgeschlagen, eine solche Struktur für die EU auf den Weg zu bringen.

Kommunen und Polizei – gemeinsam für die Sicherheit

Von **Dr. Ansgar Müller**, Landrat des Kreises Wesel

Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unseren Städten und Gemeinden vor Kriminalität zu gewährleisten, gehört zu den ureigenen Aufgaben von Staat und Kommunen.



Der Kreis Wesel hat vor einigen Jahren ein Kreisentwicklungskonzept beschlossen, in dem Sicherheit und Lebensqualität ein gemeinsames Handlungsfeld bilden. Diesem Anspruch gerecht zu werden, setzt eine enge Zusammenarbeit zwischen Polizei und Kommunen voraus. In unserem Kreisgebiet lässt sich dies auf vielfältige Weise verdeutlichen. Bei Veran-

staltungen werden gemeinsam Sicherheitskonzepte entwickelt. Mitunter finden auch gemeinsame Polizeistreifen statt. Zwei Mal im Jahr werden bei einem Treffen aller Ordnungsämter mit Beteiligung der Polizei aktuelle Problemlagen besprochen.

Seit dem Jahr 2013 führen wir darüber hinaus vier Mal pro Jahr ein

Sicherheitsgespräch durch, alternierend in den Städten und Gemeinden des Kreisgebiets. Gegenstand dieser Gespräche sind Entwicklungen in den Bereichen Einsatzgeschehen, Kriminalität und Verkehr sowie besondere Ereignisse und Empfindungen der Bevölkerung. Dabei werden sicherheitsrelevante Themen aus den Kommunen und gesellschaftliche Herausforderungen im Kreisgebiet identifiziert und aus polizeilicher Sicht bewertet, um gemeinsame Strategien und Handlungskonzepte für die Behörden mit Ordnung- und Sicherheitsaufgaben zu erarbeiten. Darüber hinaus erörtern die Teilnehmer die aktuelle Statistik der Straftaten, der Polizeieinsätze und der Verkehrsunfälle.

An dem Sicherheitsgespräch nehmen der Landrat, der Bürgermeister der jeweiligen Kommune, Vertreter des Ordnungsamtes, der Abteilungsleiter der Polizei und der jeweilige Regionalbeauftragte teil. Die Öffentlichkeit wird im Anschluss an ein Sicherheitsgespräch durch eine Pressemitteilung informiert. Denn es ist für die Bürger

nicht immer leicht zu erkennen, was vor Ort von den Behörden getan wird, um ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Das Sicherheitsgespräch hat sich als wichtiges Bindeglied erwiesen. Es ist uns damit gelungen, die Behörden und die Zuständigkeiten für die Gefahrenabwehr und die Strafverfolgung noch besser zu vernetzen, ein vertrauensvolles Verhältnis der Akteure zu fördern und ein gemeinsames Verständnis der Aufgaben zu prägen.

Die besondere Aufmerksamkeit der Kreispolizeibehörde gilt dem Schutz der Bürger vor Wohnungseinbruch. Hierzu hat die Polizei im November 2015 zum zweiten Mal eine Großoffensive durchgeführt. Dabei führten hunderte Beamte der Polizei in Zivil und in Uniform über den ganzen Tag Kontrollen im gesamten Kreisgebiet durch. Ziel dieser Aktion ist es auch, Hinweise zur Prävention von Diebstählen zu vermitteln, die Bürger für dieses Thema zu sensibilisieren und sie zu ermutigen, sich bei auffälligen Beobachtungen an die Polizei zu wenden.

IMPRESSUM

Die Kommunale Zeitung

Herausgeber:
Sozialdemokratische
Gemeinschaft für
Kommunalpolitik in NRW e.V.
(SGK NRW)

Elisabethstraße 16,
40217 Düsseldorf

Tel.: 0211-876747-0,
Fax: 0211-876747-27,

Mail:
info@diekommunale.de
Internet:
www.diekommunale.de

**Verantwortlich
(auch für Anzeigen):**
Bernhard Daldrup, Landes-
geschäftsführer der SGK
NRW

Satz und Gestaltung:
SGK NRW,
Postfach 20 07 04,
40104 Düsseldorf

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der SGK NRW wieder. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Nicht die Flüchtlinge sind das Problem, sondern bestimmte Zuwanderergruppen

Von **Arnold Plickert**, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in NRW



Jahrelang hat die Politik nicht nur bei der Finanzausstattung der Kommunen gespart, sondern auch bei der inneren Sicherheit. Und zwar quer durch die Parteien. Weil die Sparvorgaben der Schuldenbremse wichtiger waren als der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor steigender Kriminalität und wachsenden Verkehrsofferzahlen, sind in den vergangenen zehn Jahren bundesweit 16 000 Stellen bei der Po-

izei gestrichen worden. 2000 davon in NRW.

Seit den Terroranschlägen von Paris, aber auch in Folge der Diskussion um No-Go-Areas in den

Großstädten, um der massiv gestiegenen Zahl von Einbrüchen und nicht zuletzt in Folge des enormen Zustroms von Flüchtlingen ist das anders. Plötzlich wollen alle Parteien die Polizei nach Jahren der personellen Auszehrung

wieder stärken. NRW war eines der ersten Bundesländer, die auf die neuen Herausforderungen reagiert haben. Gleich zweimal hat die rot-grüne Landesregierung im vergangenen Jahr die Zahl der Kommissaranwärterinnen und -anwärter, die nach einer dreijährigen Ausbildung die aus Altersgründen ausscheidenden Polizis-

ten ersetzen sollen, erhöht. Von geplant 1500 auf 1900. Dadurch kann der sonst drohende massive Personalverlust bei der Polizei zumindest begrenzt werden.

Damit die Polizei trotzdem die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten kann, muss sie ihre knappen Ressourcen in den kommenden Jahren gezielt einsetzen. Die Herausforderungen, die durch die Flüchtlingswelle auf die Polizei zugekommen sind, sind dabei nur eines der Probleme, auf die wir eine Antwort finden müssen. Wenn alleine im vergangenen Jahr eine Million Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind, sind das eine Millionen Menschen, die wir erst einmal in unsere Gesellschaft integrieren müssen. Ein Blick in die Statistik zeigt aber auch: Die Kriminalität ist unter den Flüchtlingen nicht höher

als in der übrigen Bevölkerung. Oft geht es um Bagatelldelikte und um Streitigkeiten untereinander. Trotzdem ist es besorgniserregend, dass der Anteil nicht-deutscher Straftäter bei bestimmten Delikten extrem hoch ist. Bei Wohnungseinbrüchen liegt er bei 48 Prozent, bei Taschendiebstählen sogar bei über 70 Prozent. Die Täter sind aber meistens keine Flüchtlinge, sondern sie sind bereits vor längerer Zeit nach Deutschland zugewandert oder leben illegal bei uns. Das Beispiel zeigt, warum eine Panikmache vor einer angeblich massiv wachsenden Kriminalität durch die Flüchtlinge an der Realität vorbei geht. Das Beispiel zeigt aber auch, wie wichtig eine Integration aller Menschen ist, die zugewandert sind. Scheitert sie, zahlen wir einen hohen Preis dafür, auch durch eine steigende Kriminalität.

Das SGK-Seminarprogramm 2016

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1 FR Neujahr	1 MO	1 DI	1 FR	1 SO Tag der Arbeit	1 MI
2 SA	2 DI	2 MI	2 SA	2 MO	2 DO SGK-FRAKTIONS-VORSITZENDENTREFFEN
3 SO	3 MI	3 DO	3 SO	3 DI	3 FR
4 MO	4 DO	4 FR	4 MO	4 MI	4 SA SGK-SEMINAR PROJEKT-/ZIELMANAGEMENT: VON DER IDEE ZUM PROJEKT
5 DI	5 FR	5 SA	5 DI	5 DO Christi Himmelfahrt	5 SO
6 MI	6 SA	6 SO	6 MI	6 FR SGK-Geschäftsstelle geschlossen	6 MO
7 DO	7 SO	7 MO	7 DO	7 SA	7 DI
8 FR	8 MO	8 DI	8 FR SGK-SEMINAR WORK-LIFE-BALANCE: ZEITMANAGEMENT	8 SO	8 MI
9 SA	9 DI	9 MI	9 SA SGK-SEMINAR SOCIAL-MEDIA FÜR FORTGESCHRITTENE	9 MO	9 DO
10 SO	10 MI	10 DO KOMMUNALE	10 SO	10 DI	10 FR
11 MO	11 DO KOMMUNALE	11 FR	11 MO	11 MI	11 SA SGK-SEMINAR PHOTOCOACHING: VOR UND HINTER DER KAMERA
12 DI	12 FR	12 SA SGK-SEMINAR NKF-SEMINAR: KENNZAHLEN	12 DI SGK-BÜRGERMEISTER-TREFFEN	12 DO KOMMUNALE	12 SO
13 MI	13 SA	13 SO	13 MI	13 FR	13 MO
14 DO	14 SO	14 MO	14 DO	14 SA	14 DI
15 FR	15 MO	15 DI	15 FR SGK-SEMINAR VERANSTALTUNGSPLANUNG: VON DER IDEE ZUM EVENT	15 SO Pfingsten	15 MI
16 SA	16 DI	16 MI	16 SA SGK-SEMINAR WORKSHOPTAG RECHTSEXTRISMUS	16 MO Pfingsten	16 DO
17 SO	17 MI	17 DO	17 SO	17 DI	17 FR
18 MO	18 DO	18 FR SGK-SEMINAR STRESSBEWÄLTIGUNG MAL ANDERS	18 MO	18 MI	18 SA SGK-SEMINAR DEMOGRAPHIE GRUNDLAGEN-WORKSHOP
19 DI	19 FR SGK-SEMINAR NKF - KOMMUNALE UNTERNEHMEN	19 SA	19 DI SGK-BEIGEORDNETEN-TREFFEN	19 DO	19 SO
20 MI	20 SA	20 SO	20 MI	20 FR	20 MO
21 DO	21 SO	21 MO	21 DO	21 SA	21 DI
22 FR	22 MO	22 DI	22 FR BUNDESDELEGIERTENVERSAMMLUNG DER BUNDES-SGK IN POTSDAM WWW.BUNDES-SGK.DE	22 SO	22 MI
23 SA	23 DI	23 MI	23 SA	23 MO	23 DO
24 SO	24 MI	24 DO	24 SO	24 DI	24 FR SGK-SEMINAR DIE LUST AM AUFTRIIT CRASHKURS: REDEN HALTEN
25 MO	25 DO	25 FR Karfreitag	25 MO	25 MI	25 SA
26 DI	26 FR	26 SA	26 DI	26 DO Fronleichnam	26 SO
27 MI	27 SA	27 SO Ostersonntag	27 MI	27 FR SGK-Geschäftsstelle geschlossen	27 MO
28 DO	28 SO	28 MO Ostermontag	28 DO	28 SA	28 DI
29 FR	29 MO	29 DI	29 FR	29 SO	29 MI
30 SA		30 MI	30 SA SGK-SEMINARE 1. LUST AM AUFTRIIT - MEN'S JOURNEY 2. RHETORIK - GESPRÄCHSFÜHRUNG	30 MO	30 DO
31 SO		31 DO		31 DI	

Auch im Jahr 2016 bietet die SGK NRW ihren Mitgliedern und politisch Interessierten ein vielfältiges Seminarangebot an. Neben den Klassikern wie

„Social-Media“, „Neues kommunales Finanzmanagement“ und der Seminarreihe „Die Lust am Auftritt“, gibt es in diesem Jahr neue Seminarange-

bote aus dem Bereich „Work-Life-Balance“ und eine „SGK-Sommerschule“ mit dem Schwerpunkt „Kommunikation mit der Bürgerschaft vor Ort“.



Jetzt anmelden unter: sgk.nrw/seminare/



© kahnter - Fotolia

Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1 FR	1 MO	1 DO	1 SA	1 DI Allerheiligen	1 DO
2 SA SGK-SEMINAR VIDEOWORKSHOP: GRUNDLAGEN	2 DI	2 FR	2 SO	2 MI	2 FR
3 SO	3 MI	3 SA SGK-SEMINAR FRAUEN: KONFLIKTMANAGEMENT UND NETZWERKBILDUNG	3 MO Tag der Dt. Einheit	3 DO DEMO-KOMMUNALKONGRESS IN BERLIN WWW.DEMO-ONLINE.DE	3 SA
4 MO	4 DO	4 SO	4 DI	4 FR SGK-SEMINAR RICHTIG MIT DEM BÜRGER KOMMUNIZIEREN	4 SO
5 DI	5 FR	5 MO	5 MI	5 SA	5 MO
6 MI	6 SA	6 DI	6 DO	6 SO	6 DI
7 DO KOMMUNALE	7 SO	7 MI	7 FR	7 MO	7 MI
8 FR SGK SOMMERSCHULE 2016	8 MO	8 DO	8 SA	8 DI	8 DO
9 SA	9 DI	9 FR	9 SO	9 MI	9 FR
10 SO	10 MI	10 SA SGK-SEMINAR SCHREIBWERKSTATT FÜR HAUPTAMTLICHE	10 MO	10 DO KOMMUNALE	10 SA
11 MO	11 DO	11 SO	11 DI	11 FR SGK-SEMINAR STRATEGISCHE STEUERUNG DER KOMMUNE	11 SO
12 DI	12 FR	12 MO	12 MI	12 SA SGK-SEMINAR NKF-SEMINAR: KENNZAHLEN	12 MO
13 MI	13 SA	13 DI	13 DO	13 SO	13 DI
14 DO	14 SO	14 MI	14 FR	14 MO	14 MI
15 FR	15 MO	15 DO KOMMUNALE	15 SA	15 DI	15 DO
16 SA	16 DI	16 FR SGK-SEMINAR DIE LUST AM AUFTRITT ARGUMENTATIONSTRAINING	16 SO	16 MI	16 FR
17 SO	17 MI	17 SA	17 MO	17 DO	17 SA
18 MO	18 DO	18 SO	18 DI	18 FR SGK-SEMINAR 1. WIRTSCHAFTSSTANDORT KOMMUNE 2. ARBEIT MIT WECHSELN DEN MEHRHEITEN	18 SO
19 DI	19 FR	19 MO	19 MI	19 SA	19 MO
20 MI	20 SA	20 DI	20 DO	20 SO	20 DI
21 DO	21 SO	21 MI	21 FR	21 MO	21 MI
22 FR	22 MO	22 DO	22 SA	22 DI	22 DO
23 SA	23 DI	23 FR	23 SO	23 MI	23 FR
24 SO	24 MI	24 SA SPD-LANDESPARTEITAG	24 MO	24 DO	24 SA
25 MO	25 DO	25 SO	25 DI	25 FR	25 SO 1. Weihnachtstag
26 DI	26 FR	26 MO	26 MI	26 SA SGK-SEMINAR DA LÄSST SICH DOCH WAS MACHEN KREATIVE KOMMUNIKATIONSMETHODEN	26 MO 2. Weihnachtstag
27 MI	27 SA	27 DI	27 DO	27 SO	27 DI SGK-Geschäftsstelle geschlossen
28 DO	28 SO	28 MI	28 FR SGK-SEMINARE FR-SA: DIE LUST AM AUFTRITT FÜR EHRENAMEHLER	28 MO	28 MI SGK-Geschäftsstelle geschlossen
29 FR	29 MO	29 DO	29 SA SA: WORK-LIFE-BALANCE: STRESS/BURNOUTPRÄVENTION	29 DI	29 DO SGK-Geschäftsstelle geschlossen
30 SA	30 DI	30 FR	30 SO	30 MI	30 FR SGK-Geschäftsstelle geschlossen
31 SO	31 MI		31 MO SGK-Geschäftsstelle geschlossen		31 SA

Seminare Seminare

Work-Life-Balance - Seminare 2016



Die Vereinbarung von Familie, Beruf und kommunalpolitischem Ehrenamt wird immer schwieriger und stellt viele Ehrenamtler vor große Herausforderungen in der Alltagsorganisation. Um auch in diesem Bereich Hilfestellungen zu geben, bietet die SGK NRW in diesem Jahr erstmalig den Bereich „WORK-LIFE-BALANCE“ in mehreren Seminaren an.

Stressbewältigung mal anders

Referent: Joachim Pfahl, *Veda Institut*
Freitag, 18.03.16 - 16-21 Uhr - Düsseldorf

Stress, Burnoutprävention

Referent: Dietmar Wadewitz, *Photocoaching®*
Samstag, 29.10.16 - 10-16 Uhr - Hagen

Zeitmanagement, Selbstorganisation

Referent: Eberhard Fehlau, *IKV NRW*
Freitag, 08.04.16 - 15-20 Uhr - Gelsenkirchen



Anmeldung unter:
www.sgk.nrw/seminare

Rechtsextremismus - Workshop-Tag

Praxisorientierter Einstieg in die Arbeit gegen Rechtsextremismus



Samstag, 16.04.2016 - 10:00 - 17:00 Uhr
Dortmund, Hotel NeuHaus

In drei Workshop-Phasen aus den Bereichen Rechtsextremismusprävention und -intervention werden erste Grundlagen für die Arbeit vor Ort geschaffen. Natürlich ist auch Raum für Austausch und Netzwerken gegeben.

10:00 Uhr

Begrüßung und Einführung
Anita Essing

10:30 - 12:00 Uhr:

Workshopphase 1

„Kurz-ARGU-Training gegen Rechts“ - Einstieg in das Feld Argumentieren gegen Rechts.
Referentin: Anita Essing

„Kommunale Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus entwickeln“ - Entwicklung von Handlungsansätzen und Erfahrungsaustausch.

Birgit Miemitz, *Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, Dortmund*

„Innovative Aktionsformen gegen Rechtsextremismus“ - Praxisorientierter Einblick und Ideensammlung für Aktionen gegen Rechtsextremismus.

Referentin: Stefanie Chatha, *antifaschistisches Bündnis Hamm (haekelclub590)*

12:00 - 13:00 Uhr:

Mittagspause

13-14.30 Uhr:

Workshopphase 2

14:30 - 14:45 Uhr: kurze Pause

14:45 - 16:15 Uhr:

Workshopphase 3

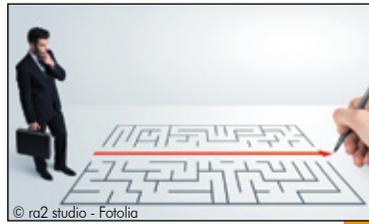
16:15 - 17:00 Uhr:

Moderierte Abschlussrunde

„Ich, der Kommunalpolitiker“ - SGK-Sommerschule 2016

Öffentlichkeitsarbeit und Medienumgang von A-Z

Freitag, 08.07. - Sonntag, 10.07.2016 - Essen



Mit dem neuen Seminarformat „SGK-Sommerschule“ möchte die SGK NRW motivierten kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern die Möglichkeit geben, sich in Form eines Wochenend-Kompaktseminars in den wichtigsten Bereichen der Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation weiterzubilden.

Dazu wurde ein Seminarangebot entwickelt, welches mit hochkarätigen Referenten besetzt ist und auch die Netzwerkbildung nicht zu kurz kommen lässt.

Seminarinhalte in Kurzform:

Freitag: Input und Workshop

Standortbestimmung, Zielvereinbarungen, Einführung in Entwicklung von Corporate Identity, Kommunikation mit einfachen Mitteln, langfristig den Kontakt zum Bürger halten.

Stefan Schmitz, *SGK NRW* und Michael Ziege, *Kommunikationsexperte*

Kaminabend

Martin Schilling, *KreativKonzept, Bonn*

Samstag: Input

Umgang mit Journalisten und Medien, Kommunikation, Bürgerdialog.

Michael Tobias, *Enterpress PR-Beratung, Düsseldorf*

Input

„Wahlen gewinnen“ - Persönlichkeit und Kommunikation.

Gwendolin Jungbluth, *TheLeadership, Wiesbaden*

Workshop

Grafik, Design, Corporate Identity muss nicht teuer sein.

Michael Ziege

Grillabend

Sonntag: Frühstückstalk

„Die erfolgreiche Kampagne“

Stefan Schmitz und Michael Ziege

Ende mit Lunchpaket

Nach dem Seminar bietet sich die Möglichkeit des Austausches.

Die Teilnehmerzahl ist auf 17 begrenzt, deshalb jetzt schnell anmelden über die Internetseite der SGK NRW.



Weitere Informationen und Anmeldung zu den Seminaren unter www.sgk.nrw/seminare

SGK-Buchtipps

DER BEBAUUNGSPLAN – STÄDTEBAURECHT IN DER PRAXIS

Von Bernhard Stürer
Verlag C. H. Beck, 5. Auflage, München 2015, ISBN 978-3-406-65496-1, rund 933 Seiten, 89,- Euro

Das Werk erläutert das Recht des Bebauungsplans besonders anschaulich und anhand von Original-Planmaterial. Die 5. Auflage berücksichtigt unter anderem neue Gesetze, zum Beispiel das Gesetz über Maßnahmen im Bauplanungsrecht zur Erleichterung der Unterbringung von Flüchtlingen. Durch die reichhaltig illustrierte Aufmachung werden Juristen und Techniker gleichermaßen unterstützt.

BÜRGERMEISTER UND SPRACHE

Von Johannes Latsch
Kommunal- und Schulverlag, 2. Auflage 2015, ISBN 978-3-8293-1209-7, 220 Seiten, 29,80 Euro

Reden, Briefe, Pressemitteilungen, Vorträge, Grußworte, E-Mails, Postings, usw. – zu diesen und weiteren Themen gibt dieses Buch praktische Hinweise und Informationen. Es zeigt Fettnäpfchen auf und erklärt, wie man diese umschiffet. Es macht Probleme deutlich und bietet Lösungsansätze. Ein Anhang mit Checklisten und weiterführenden Kontakten zum Thema Sprache runden die Darstellung ab.

MOBILE PARTIZIPATION WIE BÜRGER MIT DEM SMARTPHONE STADTPLANUNG MITGESTALTEN

Von Stefan Höffken
Rohn-Verlag, 1. Auflage 2015, ISBN 978-3-939486-87-9, 212 Seiten, 34,- Euro

Smartphones bringen computertechnische Anwendungen in den öffentlichen Raum. Es lässt sich eine Partizipation unter geänderten Vorzeichen diagnostizieren: Transparentere Verfahren, früherer Einbezug der Öffentlichkeit und mehr Mitsprachemöglichkeiten werden zunehmend eingefordert. Zugleich entwickelt sich eine Vielzahl an neuen Bottom-up-Bewegungen, die das Internet als einen Ort der Teilhabe und kon-



struktiver Mitwirkung an Stadt(-planung) begreifen und sich auf vielfältige Weise einbringen. Crowdsourcing, Civic-Hacking und urbane Interventionen stehen beispielhaft für diesen Wandel und fördern diese neuen Formen selbstinitiiert Partizipation. Nach der Definition des Phänomens mobiler Partizipation und einer Vielzahl an Beispielen, werden neue Entwicklungen, Möglichkeiten und Chancen, aber auch Herausforderungen und Hemmnisse für die Stadtplanung beschrieben und ein Blick auf sich zukünftig entwickelnde Arbeitsfelder im Zeitalter der Smart Cities geworfen.

PRAKTISCHE FÄLLE ZUM KOMMUNALRECHT NORDRHEIN-WESTFALEN 100 FÄLLE MIT LÖSUNGEN

Von Ernst-Dieter Bösche
Verlag Reckinger, 1. Auflage 2014, ISBN 978-3-7922-0149-7, 206 Seiten, 24,90 Euro, kartoniert

Das Übungsbuch von Ernst-Dieter Bösche stellt die vielfältigen kommunalrechtlichen Probleme anhand von 100 praktischen Fällen dar und schafft durch deren Lösung ein größeres Verständnis für die Zusammenhänge. Außerdem veranschaulicht das Buch, welche Fallgestaltungen denkbar sind, und dient zur Vorbereitung auf Klausuren. Die Fälle sind so konzipiert, dass jeweils mit einem Fall ein Problem dargestellt und bearbeitet wird. Daneben enthält das Buch umfangreichere Fälle, die mehrere verschiedene Problembereiche umfassen.

3. Kommunalkonferenz zur Flüchtlingspolitik

25. Februar 2016, um 15:00 Uhr
Reichstagsgebäude Berlin

Integration Jetzt!

Gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen

Dort informieren:

Sigmar Gabriel MdB
Bundeswirtschaftsminister, über den Integrationsplan für Deutschland und
Thomas Oppermann MdB,
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema **Integration – Investitionen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt**.

Moderiert wird die Veranstaltung von **Bernhard Daldrup MdB**, Kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Landesgeschäftsführer der SGK NRW.

Im Anschluss stehen die Podiumsteilnehmer zu einer Diskussionsrunde bereit.

Weitere **Informationen** und **Anmeldung** bei:
Frau Hanna Goelz
Tel.: 030-22753644
hanna.goelz@spdfraktion.de



Das Herforder Modell

Wegweiser für strategische Öffentlichkeitsarbeit in den Kommunen

Von **Theo Knepper**, Journalist und Medienproduzent



Es war ein ungewöhnlicher Auftritt: Vor der Presse verkündet Herfords Bürgermeister Tim Kähler seine Vision von „Herford 2020“. Fast so wie Willy Brandt mit dem „blauen Himmel über der Ruhr“ nennt der SPD-Kommunalpolitiker ehrgeizige Ziele: Die „schönste Innenstadt in Ostwestfalen“ ist ebenso Thema wie „wirtschaftliche Prosperität“, „beste Bildung“ und eine „hohe Wohnqualität“. Und ganz wichtig: Er nennt Wegmarken, Dinge, die er Schritt für Schritt erreichen möchte.

Bald fällt auf: Der Bürgermeister ist nicht allein. Längst hat er mit Menschen gesprochen, die sei-

ne ehrgeizigen Ziele unterstützen. Zum Beispiel Investitionen: „Unternehmer müssen es toll finden, was wir hier machen“, wirbt Tim Kähler für den ‚Mundfunk‘. „Wenn dann der eine sagt, ‚Ja, hier will ich investieren!‘, folgen andere. Und es geht um Wertschätzung“, so Kähler weiter. Also werden Pläne für die Neuansiedlung von Unternehmen und für einen zukunftsorientierten Branchenmix in Hintergrundgesprächen mit Wirtschaftsvertretern erörtert. Ein Beispiel für gelungene

Kommunikation: Die Beteiligten fühlen sich ernst genommen und machen mit. Ein Herforder Unternehmer spricht gar von „Aufbruchstimmung“, Tim Kähler sei „ein Glücksfall für die Stadt“.

Auch in der Flüchtlingsdebatte geht Tim Kähler in die Offensive. Eine Mitarbeiterin organisiert „runde Tische“ überall dort, wo die Stadt die Unterbringung von Flüchtlingen plant; frühzeitig und rechtzeitig bevor rechte Scharfmacher der Bevölkerung Angst machen. Die Protokolle des „runden Tisches“ veröffentlicht die Stadt auf ihrer Homepage. So geht Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Es ist erst der Anfang. Herford will künftig systematisch und auf allen Feldern politischen Handelns eine strategische Öffentlichkeitsarbeit betreiben, die auf den aktiven Dialog mit unterschiedlichen Zielgruppen ausgerichtet ist. „Es werden nicht mehr nur Ergebnisse verlautbart“, sagt Tim Kähler. „Es geht vielmehr um ‚echte‘ Kommunikation, die Zielgruppen erkennt, ernst nimmt

und beim Erreichen politischer Ziele mitnimmt.“

Natürlich funktioniert das so nicht nur mit dem Thema „Flüchtlingsarbeit“. Kernthemen politischer Arbeit wie die „Bewältigung des demographischen Wandels“, „die Energiewende vor Ort“, „lokale Wirtschaftsförderung“ oder die „Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum“ müssen in gleicher Weise Gegenstand strategischer Öffentlichkeitsarbeit werden. Eine so verstandene Kommunikationsstrategie wird maßgeblich zum Faktor erfolgreicher Kommunalpolitik.

Weitere Informationen und ein Fact-Sheet, können auf www.sgk-nrw.de heruntergeladen werden.



Bundesförderung

Koordination der Bildungsangebote für Neuzugewanderte

Neue Förderrichtlinie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zur kommunalen Koordination der Bildungsangebote für Neuzugewanderte ermöglicht Zuschüsse bis zu 100 prozentige zur Einrichtung von Koordinationsstellen in Kreisen und kreisfreien Städten.

Die Kommunen stehen vor der Herausforderung eine gelingende Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft zu bewältigen. Bei dieser großen Herausforderung spielt Bildung eine wichtige Rolle. Denn nur durch Bildung wird den Neuzugewanderten ein Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht und sichert die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Anfang Februar veröffentlichte Förderrichtlinie „Kommunale Koordination der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, ermöglicht es den Kreisen und den kreisfreien Städten einen Förderantrag zur Finanzierung von bis zu drei kommunalen Ko-

ordinatorinnen und Koordinatoren zu stellen.

Aufgabe der kommunalen Koordinatorinnen und Koordinatoren ist der Aufbau kommunaler Bildungsstrukturen und -gremien bei Nutzung und Erweiterung bestehender Strukturen. Außerdem sollen die relevanten Bildungsakteure innerhalb und außerhalb der Kommunalverwaltung identifiziert und eingebunden werden. Über die vor Ort vorhandenen Bildungsakteure und Bildungsangebote soll Transparenz hergestellt werden. Abschließend können die kommunalen Koordinatorinnen und Koordinatoren als Berater von Entscheidungsinstanzen der Kom-

munen fungieren. Durch die Zusammenführung des Bildungsangebots und der Bildungsbedarfe wird das Ehrenamt gestärkt und eine Bündelung der Kräfte vor Ort erreicht.



Die Zuwendungen können im Wege der Projektförderung für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren als nicht rückzahlbare Zuschüsse gewährt werden. Als Bemessungsgrundlagen dienen die zuwendungsfähigen projektbezogenen Ausgaben, die bis zu 100 Prozent gefördert werden können. Kommunen mit bis zu 200.000 Einwohnern (EW) können eine kommunale Koordinatorin / einen kommunalen Koordinator beantragen, ab 200.000 (EW) bis zu zwei und ab 500.000 EW bis zu drei.

In der Bekanntmachung des BMBF vom 14. Januar 2016 wird auf die Termine zur Einreichung der Förderanträge hingewiesen: Diese sind der 1. März 2016, der 1. Juni 2016 und der 1. September 2016. Weitere Informationen im Intranet der SGK NRW.

Fachforum der SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion

Bund und Land in Kinderhand: Frühkindliche Bildung und Prävention im Jahr 2030

Montag, 07.03.2016
16:30 – 19:30 Uhr



Landtag NRW, SPD-Fraktionssaal (E3 D01)
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Frühkindliche Bildung und Prävention stellen wichtige Weichen für die Bildungs- und Entwicklungschancen junger Menschen. Mit der richtigen Förderung in den ersten Lebensjahren kann Benachteiligungen entgegen gewirkt und die individuelle Entfaltung von Stärken gefördert werden.

Die SPD-Fraktionen im Landtag von Nordrhein-Westfalen und im Deutschen Bundestag setzen sich bereits seit vielen Jahren erfolgreich für eine frühkindliche Bildungs- und Präventionspolitik ein, die allen Kindern beste Bildung und gleiche Chancen von Anfang an ermöglicht. Frühkindliche Bildung ist für uns die beste Prävention gegen Bildungsarmut.

Gemeinsam mit der Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport, Christina Kampmann, Abgeordneten aus dem Landtag und dem Bundestag sowie Expertinnen und Experten sollen ein Blick in die Zukunft gewagt und politische Wege diskutiert werden, wie die frühkindliche Bildung und Prävention weiter verbessert werden können.

Im Rahmen der Projekte »NRW Zweitausend-30« und »Projekt Zukunft #NeueGerechtigkeit« suchen Landtags- und Bundestagsfraktion den Dialog zu Zukunftsthemen. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus der Praxis sollen neue politische Perspektiven entwickelt werden.

Anmeldung per E-Mail an niklas.schroerer@landtag.nrw.de.
Weitere Informationen auf www.spd-fraktion.nrw.de

Sozialer Wohnungsbau

Sozialer Wohnungsbau im Aufwind

Von **Michael Groschek**, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr NRW



Die Wohnungsbauoffensive des Landes trägt Früchte. Mit den 2015 deutlich erhöhten Tilgungsnachlässen finden Investoren immer mehr Anreize für einen Einstieg in den sozialen Wohnungsbau. Dieser ist in NRW heute so rentabel wie der freifinanzierte Wohnungsbau und hat im vergangenen Jahr deutlich zugelegt.

Im Jahr 2015 sind in NRW mit Mitteln des Wohnraumförderprogramms knapp 9.200 Wohnungen gefördert worden. Das ist eine Steigerung von 37 Prozent gegenüber 2014. Eingesetzt wurden dafür 669 Millionen Euro. Vor allem in den „Boomstädten“ ist zusätzlicher, dringend benötigter bezahlbarer Wohnraum entstanden. Köln und Dortmund überzeugen ebenso mit guten Ergebnissen wie die Universitätsstädte Aachen, Bielefeld und Münster. Neben Dortmund ist auch in anderen Teilen des Ruhrgebiets, etwa im Kreis Recklinghausen, in Bottrop, Oberhausen und

Gelsenkirchen eine erfreuliche Entwicklung im Neubaubereich festzustellen. Der positive Trend in den Ruhrgebietsstädten wird bei der Modernisierungsförderung bestätigt: Die Städte Essen, Gelsenkirchen, Dortmund und Duisburg nehmen hier die Spitzenplätze ein. Allein in diesen vier Städten konnten annähernd 2.000 Wohneinheiten saniert und dabei bezahlbare Mieten gesichert werden.

Sozialer Wohnungsbau rechnet sich

Geschafft haben wir diese guten Zahlen vor allem durch die Aus-

weitung von Tilgungsnachlässen: Investoren, die sich für den sozialen Wohnungsbau entscheiden, erlassen wir je nach Region bis zu 25 Prozent, bei der Errichtung von Wohnraum für Flüchtlinge sogar bis zu 35 Prozent, der Darlehenssumme. Trotz der nach wie vor niedrigen Zinsen auf dem Kapitalmarkt interessieren sich dadurch auch wieder große Wohnungsunternehmen für Projekte des sozialen Wohnungsbaus. Zum Jahreswechsel hat das Land die Förderbestimmungen nun nochmals nachjustiert, u.a. steigen die Förderbeträge um durch-

schnittlich sieben Prozent, um die Mehrkosten auszugleichen, die von der Energieeinsparverordnung verursacht werden. Um den so geschaffenen Wohnraum möglichst langfristig zu sichern, entfällt künftig die Möglichkeit, eine nur 15-jährige Sozialbindung zu vereinbaren. Landesweit ist die Förderung ab 2016 wahlweise mit einer 20- oder 25-jährigen Bindungsdauer verknüpft.

Höher bauen ohne Hochhausghetto

Zudem wird 2016 die Anzahl der förderfähigen Geschosse neu geregelt: grundsätzlich können weiterhin Gebäude mit maximal vier Vollgeschossen gefördert werden. Neu ist, dass die bisher vorhandene Überschreitungsmöglichkeit für die Städte Bonn, Düsseldorf, Köln und Münster, in denen bisher fünf Vollgeschosse gefördert werden konnten, auf bis zu sieben Geschosse erweitert wird. Diese Regelung wird auf alle Städte mit über 500.000 Einwohnern ausgedehnt, also auch auf Dortmund und Essen. Einzel-

fallbezogen können auch in weiteren Städten Vorhaben des sozialen Wohnungsbaus über vier Geschosse hinaus zugelassen werden. Unter bestimmten Voraussetzungen – wie beispielsweise einem rechtskräftigen Bebauungsplan und einer gemischten Belegung – ermöglichen wir an städtebaulich integrierten Standorten eine Förderung von Gebäuden über sieben Geschosse hinaus. Damit geben wir vor Ort mehr Handlungsfreiheit und können so die Dynamik im Mietwohnungsbau weiter erhöhen. Dabei entstehen längst keine Hochhausghettos mehr wie in den 1970er Jahren. Wir wollen an allen Standorten hochwertige Architektur, die unsere Quartiere städtebaulich bereichert und vom freifinanzierten Wohnungsbau nicht zu unterscheiden ist.

Übersicht über die detaillierten Förderzahlen der Kreise und kreisfreien Städte:
www.nrwbank.de/wohnen

GEZIELTER WERBEMITTELEINSATZ

MOBILE WAHLTAFELN

18/1 hochkant
 SPD Cuxhaven
245,- € netto

9/1 hochkant
 SPD Osterholz
210,- € netto

18/1 quer
 SPD Leverkusen
225,- € netto

„Wir kümmern uns persönlich um jede Fläche, die da draußen ist!“

Kurt Treger,
Gründer & Geschäftsführer

Im Preis enthalten:

- Standzeit für 6 Wochen
- Auf- und Abbau, Grundklebung
- **Reparaturen von Beschädigungen in max. 24 h KOSTENFREI!**
- Standortoptimierung durch Geocodierung
- Fotodokumentation für den ordnungsbehördlichen Antrag

Optional:

- Kosten für Umklebung: 20,- € netto

KONTAKT:



TREGER WAHLWERBUNG • Waldstraße 7 • 19322 Lindenberg
 Telefon: 03877-56 28 12 • Mobil: 0175-72 888 39
info@treger-wahlwerbung.de